



Die STADT ARNSBERG informiert

Bekanntmachung der Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg zur 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Arnsberg im Stadtbezirk Neheim, "Am Springufer" (Sondergebiet, Krankenhaus)

Für die vom Rat der Stadt Arnsberg gemäß § 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der zurzeit geltenden Fassung, am 14.03.2017 beschlossene 14. Änderung des Flächennutzungsplans ist bei der Bezirksregierung Arnsberg die Genehmigung gemäß § 6 BauGB beantragt worden.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat mit Verfügung vom 24.05.2017, Az.: 35.2.1-1.4-HSK-4/17-, die Genehmigung zur 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Arnsberg mit einer Maßgabe erteilt.

Die Genehmigung hat folgenden Inhalt:

"Gemäß § 6 des Baugesetzbuches genehmige ich hiermit die vom Rat der Stadt Arnsberg am 14.03.2017 beschlossene 14. Änderung des Flächennutzungsplans mit folgender Maßgabe:

Maßgabe:

Im Umweltbericht ist unter 9. vor dem Punkt Zusammenfassung, wie bereits in der Vorlage vom 09.05.2017 im Verfahren nach § 34 Abs. 5 Landesplanungsgesetz nachgetragen, einzufügen:

9. Monitoring

Gemäß § 4 c BauGB sind die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitplanung eintreten, zu überwachen, um insbesondere unvorgesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Zu diesem Zweck sind die genannten Maßnahmen sowie die Informationen der Behörden nach § 4 Abs. 3 BauGB zu nutzen.

Um unvorhergesehene Umweltauswirkungen vorsorglich zu vermeiden, sind die im Umweltbericht aufgeführten Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung zu berücksichtigen.

Das vorliegende Lärmgutachten kommt insgesamt zum Ergebnis, dass mit der geplanten Erweiterung eine Erhöhung der Verkehrsgeräusche um (nicht wahrnehmbare) 0,8 dB(A) verbunden ist. Die Verkehrsbelastungen auf den Straßen in der Umgebung des Plangebietes, insbesondere auf der Langen Wende, werden in regelmäßigen Abständen untersucht. Sollten in Zukunft dennoch Auffälligkeiten eintreten, werden zusätzliche Verkehrszählungen durch den Fachdienst Stadt- und Verkehrsplanung eingeleitet und bei Bedarf entsprechende Schutzmaßnahmen umgesetzt.

Im Rahmen der Artenschutzrechtlichen Prüfung wurden im Plangebiet nur allgemein häufige und weit verbreitete Vogelarten vorgefunden. Hinweise auf ein Vorkommen von Fledermäusen liegen nicht vor. Die Entwicklung der Fauna wird in regelmäßigen Abständen durch den Fachdienst Umwelt überprüft. Bei Bedarf werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet."

Aufgrund der in der Verfügung vom 24.05.2017 genannten Maßgabe wurde die Begründung der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes wie vorstehend ergänzt. Der Rat der Stadt Arnsberg hat in seiner Sitzung am 28.06.2017 den Beitritt zu dieser Maßgabe erklärt und die entsprechende Änderung der Begründung der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Das rund 3,5 ha große Gebiet der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Arnsberg liegt in der südlichen Innenstadt des Stadtbezirks Neheim. Es wird umgrenzt

- im Norden und Nordosten durch die Hauptstraße (Fußgängerzone),

- im Osten und Südosten durch die Straße Lange Wende sowie
- im Süden und im Westen durch den Parkplatz "Am Springufer" bzw. im Westen durch die Straße und im weiteren Verlauf den Fußweg Am Spring.

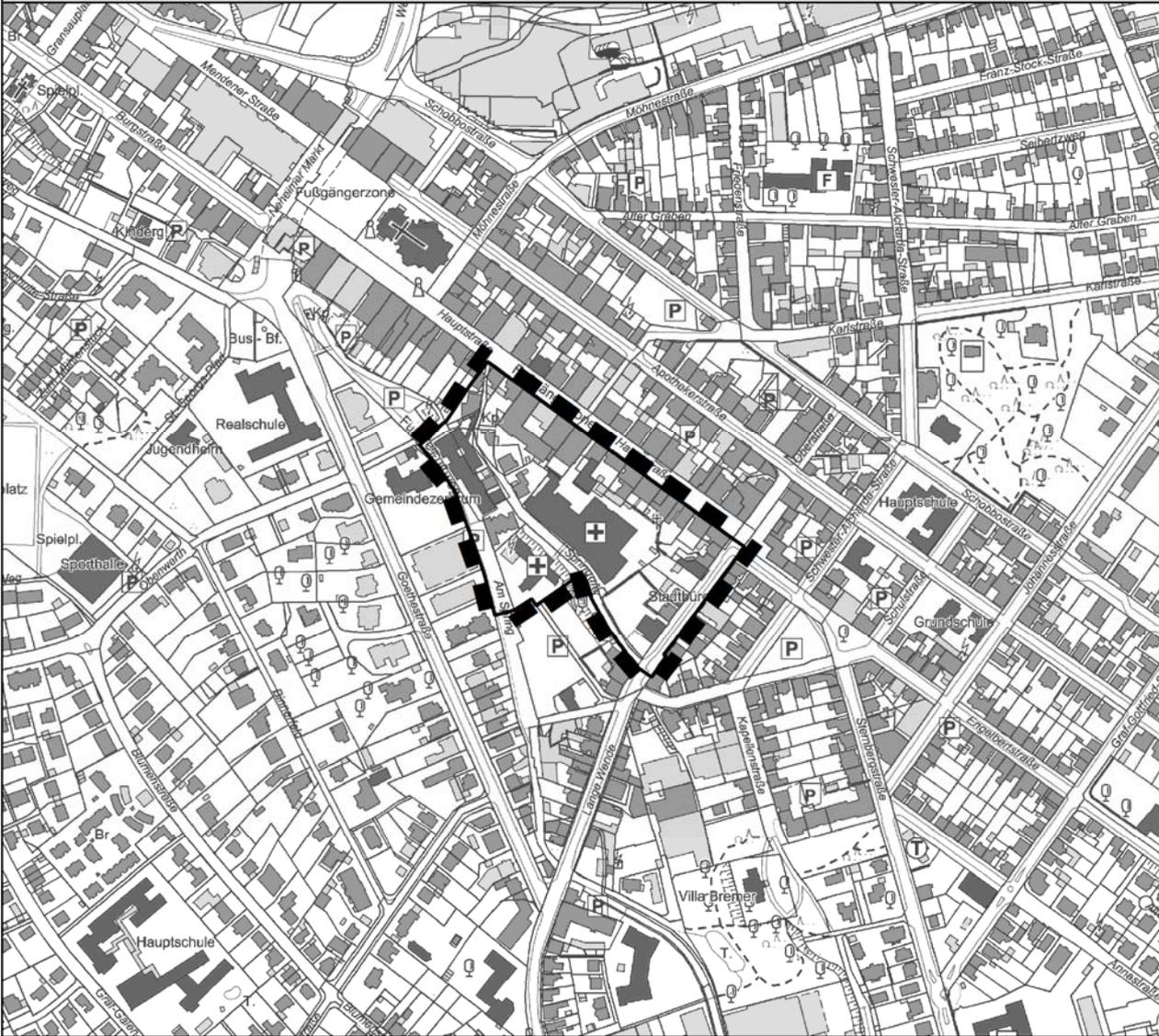
Die Abgrenzung des Gebietes der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes ist außerdem aus dem nachstehenden Lageplan zu ersehen.

14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Arnsberg

Abgrenzung des Plangebiets

Stadtbezirk : Neheim





STADT ARNSBERG
FD 4.2 Stadt- u. Verkehrsplanung
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg

Telefon: 02932/201-0
 Telefax: 02932/201-2354
 Website: www.arnsberg.de
 E-Mail: planungsbuero@arnsberg.de

Die Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg zur 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Arnsberg wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die 14. Änderung des Flächennutzungsplans nebst Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 BauGB liegt ab sofort im Rathaus der Stadt Arnsberg, Rathausplatz 1, 59759 Arnsberg, Fachdienst Bauen|Wohnen|Denkmale, Zimmer 13, während der allgemeinen Publikumssprechzeiten offen aus. Jedermann kann die 14. Änderung des Flächennutzungsplans, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 14. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 6 Abs. 5 BauGB wirksam.

Nach § 2 Abs. 3 der Verordnung über die Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung / BekanntmVO) in der Form der Bekanntmachung vom 26.08.1999 (GV NW 1999, S. 516), zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.11.2015 (GV NW S. 741), wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut der Bekanntmachung mit dem Beschluss des Rates der Stadt Arnsberg vom 14.03.2017 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren worden ist.

Diese Bekanntmachung ist am 12.07.2017 angeordnet worden.

Hingewiesen wird:

1. auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 des BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche wegen Planungsschäden infolge der Aufstellung des Bebauungsplans. Ein Entschädigungsberechtigter kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungsverpflichteten (§ 44 Abs. 1 BauGB) beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, geltend gemacht wird.
2. auf die Rechtsfolgen des § 214 Abs. 1 BauGB.

Danach ist eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzbuches für die Rechtswirksamkeit des Flächennutzungsplanes und der Satzungen nach diesem Gesetzbuch nur beachtlich, wenn

- a) entgegen § 2 Abs. 3 BauGB die von der Planung berührten Belange, die der Gemeinde bekannt waren oder hätten bekannt sein müssen, in wesentlichen Punkten nicht zutreffend ermittelt oder bewertet worden sind und wenn der Mangel offensichtlich und auf das Ergebnis des Verfahrens von Einfluss gewesen ist;
- b) die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2, § 4 a Abs. 3 und 5 Satz 2, § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 (auch in Verbindung mit § 13 a Abs. 2 Nr. 1), § 22 Abs. 9 Satz 2, § 34 Abs. 6 Satz 1 sowie § 35 Abs. 6 Satz 5 BauGB verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn bei Anwendung der Vorschriften einzelne Personen, Behörden oder sonstige Träger öffentlicher Belange nicht beteiligt worden sind, die entsprechenden Belange jedoch unerheblich waren oder in der Entscheidung berücksichtigt worden sind, oder einzelne Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, gefehlt haben, oder der Hinweis nach § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 (auch in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Satz 2 und § 13 a Abs. 2 Nr. 1) BauGB gefehlt hat, oder bei Anwendung des § 13 Abs. 3 Satz 2 BauGB die Angabe darüber, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird, unterlassen wurde, oder bei Anwendung des § 4 a Abs. 3 Satz 4 oder des § 13 (auch in Verbindung mit § 13 a Abs. 2 Nr. 1) BauGB die Voraussetzungen für die Durchführung der Beteiligung nach diesen Vorschriften verkannt worden sind;
- c) die Vorschriften über die Begründung des Flächennutzungsplanes und der Satzungen sowie ihrer Entwürfe nach § 2 a, § 3 Abs. 2, § 5 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 und Abs. 5, § 9 Abs. 8 und § 22 Abs. 10 BauGB verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn die Begründung des Flächennutzungsplans oder der Satzung oder ihr Entwurf unvollständig ist; ab-

weichend von Halbsatz 2 ist eine Verletzung von Vorschriften in Bezug auf den Umweltbericht unbeachtlich, wenn die Begründung hierzu nur in unwesentlichen Punkten unvollständig ist;

- d) ein Beschluss der Gemeinde über den Flächennutzungsplan oder die Satzung nicht gefasst, eine Genehmigung nicht erteilt oder der mit der Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung erfolgte Hinweiszweck nicht erreicht worden ist.
3. auf die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB.
Danach werden unbeachtlich
- a) eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- b) eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
- c) nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a beachtlich sind.
4. auf § 7 Abs. 6 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666). Danach kann eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GO NW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 - die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
 - der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Arnsberg, 12.07.2017

Stadt Arnsberg
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg

Hans-Josef Vogel
Bürgermeister